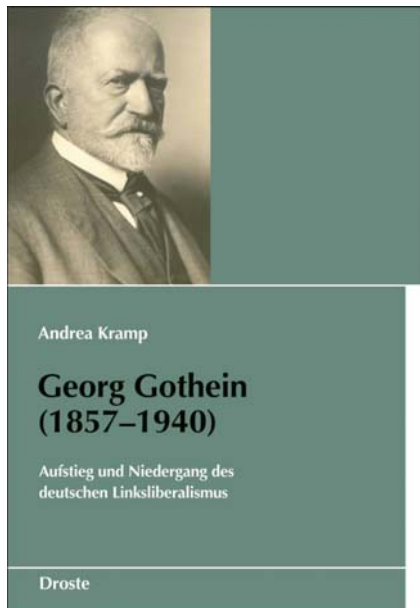


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2018

Andrea Kramp: Georg Gothein (1857–1940). Aufstieg und Niedergang des deutschen Linkliberalismus.

Düsseldorf: Droste, 2018 (= Schriften des Bundesarchivs, Band. 77), 630 S., ISBN: 978-3-7700-1635-8



Georg Gothein war einer der führenden (links-)liberalen Politiker im wilhelminischen Kaiserreich und in der Weimarer Republik: Mehr als zwanzig Jahre lang (1901–1924) gehörte er dem Reichstag an, und über gut drei Jahrzehnte hinweg spielte er in seinen Parteien eine wichtige, mitunter tonangebende Rolle – zunächst in der von ihm 1893 mitbegründeten Freisinnigen Vereinigung, ab 1910 in der Fortschrittlichen Volkspartei (FVP) und schließlich in der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Den Höhepunkt seiner politischen Laufbahn erreichte er im Jahr 1919 als Schatzminister im Kabinett Scheidemann. Gleichwohl hat die historische Forschung ihm bislang kaum Beachtung geschenkt, und so ist es zu begrüßen, dass mit der in Düsseldorf entstandenen Dissertation von Andrea Kramp nun eine ausführliche Biographie vorliegt.

In zwölf übersichtlich untergliederten Kapiteln verfolgt Kramp den Lebensweg Gotheins, der dem protestantischen Bürgertum (väterlicherseits jüdischer Herkunft) entstammte und in einer Kleinstadt nahe Breslau aufwuchs. Der Schwerpunkt liegt allerdings auf der politischen Karriere, die Anfang der 1890er Jahre begann, als Gothein Stadtverordneter in Waldenburg und in Breslau war sowie Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses wurde. Demgegenüber werden die ersten 35 Lebensjahre sehr knapp behandelt, und der Zeit ab Mitte der 1920er Jahre misst die Autorin keine große Bedeutung zu: Die Arbeit versteht sich in erster Linie als Beitrag zur Geschichte des deutschen Linkliberalismus, in die Gothein eingebettet wird. Neben der Einordnung in die allgemeinen politischen Zusammenhänge geht es um die Entwicklung von Programmatik und Parteiorganisation(en), die innerparteilichen Kräfteverhältnisse und die langwierigen Bemühungen um einen Zusammenschluss der linksliberalen Gruppen. Kramp wählt damit einen eher konventionellen, primär parteigeschichtlichen Ansatz, der allerdings mit ideengeschichtlichen Komponenten angereichert ist und nicht nur die Spitzenpolitik, sondern auch die lokale Ebene in den Blick nimmt. Insbesondere wird Gotheins Reichstagswahlkreis Greifswald in die Analyse einbezogen, woraus sich interessante Einblicke in die Mitglieder- und Wählerbasis und den politischen Alltag vor Ort ergeben. Über Gotheins Sozialisation und Lebenswelt erfährt man hingegen wenig, was gewiss auch der Quellenlage geschuldet ist.

Überzeugend sind vor allem die Abschnitte bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, wenngleich die wesentlichen Ergebnisse nicht ganz neu sind. Im Anschluss unter anderem an Alastair Thompson¹ wendet sich Kramp gegen die ältere Forschung, welche die Geschichte des Linkliberalismus in der wilhelminischen Epoche als Teil eines langfristigen, kontinuierlichen Verfallsprozesses deutete. So zeigt der Blick auf Gothein, dass die Linkliberalen sich auf dem politischen Massenmarkt des späten Kaiserreiches zu behaupten wussten und die

¹ Alastair P. Thompson: *Left Liberals, the State, and Popular Politics in Wilhelmine Germany*. Oxford u.a. 2000.

Anstrengungen, eine schlagkräftige Parteiorganisation aufzubauen, durchaus erfolgreich waren. Es entstand eine „wirkungsvolle Mischung“ (S. 177 ff.) aus modernem Parteiapparat und liberaler Honoratiorenpolitik: Letztere war „deutlich leistungsfähiger, flexibler und effektiver [...] als ihr Ruf“ (S. 249). Außerdem hebt Kramp die parteipolitisch und gesellschaftlich integrative Funktion des Linksliberalismus hervor, der bis 1914 durch eine taktische und programmatische Annäherung an die SPD einen zukunftsweisenden Brückenschlag zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum anbahnte – wobei sie betont, dass die Abwendung vom wirtschaftspolitischen Laissez-faire zugunsten eines moderaten Sozialliberalismus nicht auf den Einfluss Friedrich Naumanns und der Nationalsozialen zurückzuführen war, sondern schon während der 1890er Jahre einsetzte, vorangetrieben unter anderem von Gothein, den sie vor allem von Lujo Brentano beeinflusst sieht.

Die Darstellung der linksliberalen Fusionsversuche seit den 1890er Jahren, die 1910 schließlich zur Gründung der FVP führten, mag aus Sicht mancher Leser etwas zu detailliert sein. Sie zeigt damit aber besonders deutlich, wie heterogen die FVP war. Die gegensätzlichen Positionen ließen sich im Parteiprogramm nur mit vagen Formulierungen zusammenführen. Dieser (auch für die Spannungen in der DDP bedeutsame) Befund ist ebenfalls nicht völlig neu, wird in der bisherigen Forschung jedoch tendenziell unterschätzt. Gothein selbst nahm einen „Standpunkt zwischen Barth und Naumann“ (S. 174) ein: Grundsätzlich wirtschaftsliberal und pazifistisch orientiert, lehnte er die antikapitalistischen und imperialistischen Tendenzen im nationalsozialen Gedankengut ab. Die Forderungen Theodor Barths nach einer engen Zusammenarbeit mit der SPD und weitreichenden demokratischen Reformen gingen ihm aber zu weit. Dass Gothein für seine Partei „nicht repräsentativ“ war (S. 374), gilt nicht zuletzt für die Zeit des Ersten Weltkrieges, als er nicht nur zu den Vorkämpfern einer Parlamentarisierung der Verfassung zählte, sondern fortwährend für einen Verständigungsfrieden eintrat – eine Position, die innerhalb der FVP noch im Juni 1918 nicht mehrheitsfähig war.

Mit der Revolution im November 1918 änderten sich die Voraussetzungen liberaler Politik grundlegend, weil alte Reformziele obsolet wurden und neue innenpolitische Konfliktlinien entstanden. Gotheins sozialpolitische Forderungen wurden nun verwirklicht und damit zu Selbstverständlichkeiten. Ebenso waren seine verfassungspolitischen Ziele seit den Oktoberreformen erreicht, der Umsturz für ihn folglich überflüssig – wobei er sich mit der republikanischen Staatsform offenbar ohne weiteres arrangierte. Gleichzeitig kam es nun, anstelle einer Rückkehr zur freien Wirtschaft, zu einem ungeahnten Ausmaß an staatlichem Interventionismus, dessen Erscheinungsformen (Sozialisierung, Zwangswirtschaft, Steuererhöhungen, staatliche Regulierung von Löhnen und Arbeitszeit) Gothein entschieden bekämpfte. Die Unterzeichnung des Versailler Vertrags, der allem widersprach, was er als Befürworter eines Verständigungsfriedens für die Nachkriegszeit erhofft hatte, lehnte er ab und stand der „Erfüllungspolitik“ bis 1923 zunehmend kritisch gegenüber, weil er von der ökonomischen Untragbarkeit der Reparationen überzeugt war.

Kramp betrachtet die Phase des revolutionären Umbruchs 1918/19 zu Recht als entscheidenden Einschnitt. Doch dass Gothein vom „Vordenker“ (bzw. „positiven Vordenker“) zum „Begrenzer“ und „Getriebenen der Ereignisse“ (S. 448 f.), vom „Partei- zum Interessenpolitiker“ (S. 493 ff.) wurde, scheint eine etwas einseitige Deutung zu sein. An seinen bisherigen, wirtschaftsliberalen Überzeugungen, die er als Motor eines universalen (auch sozialen) Fortschritts verstand (vgl. S. 118), hielt er offenbar fest und betrachtete sie gewiss nicht als rückwärtsgewandte, unternehmerfreundliche Klientelpolitik. Innerhalb der DDP wanderte Gothein, nachdem er eher auf dem linken Flügel der FVP gestanden hatte, nach rechts. Diese Positionsverschiebung wird aber etwas zu drastisch dargestellt, zumal es sich – das hätte deutlicher herausgearbeitet werden können – selbstverständlich nicht um einen Einzelfall handelte. Vielmehr waren Gotheins politische Positionen in weiten Teilen der DDP anschlussfähig. Die Erklärung dafür, dass er langsam an Einfluss verlor und bei den Reichstagswahlen 1924 nicht mehr kandidierte, liegt wohl eher in dem Umstand, dass dieser Angehörige der wilhelminischen Generation das Rentenalter erreicht hatte und sich einerseits

kaum als zukunftssträchtiger Kandidat verkaufen ließ, andererseits längst selbst mit einem Abschied aus der Berufspolitik liebäugelte.

Die Abschnitte zur Weimarer Republik sind insgesamt weniger ausgewogen, auch etwas weniger gründlich geschrieben und folgen sehr der Perspektive des Scheiterns. Als Erklärung für den „Niedergang des deutschen (Links-)Liberalismus ab 1919“ wird ein Ursachenbündel angeführt, das praktisch alle gängigen Forschungsmeinungen enthält, die kaum diskutiert werden (vgl. bes. S. 384 f. u. S. 599). Gerade angesichts der Ergebnisse, zu denen Kramp im Hinblick auf die Zeit vor 1918 gelangt, wäre hier eine eingehendere Analyse lohnend gewesen. Als eine Wurzel des Niedergangs werden zum Beispiel die linksliberalen Honorationenstrukturen genannt, ohne dass untersucht wird, wieso diese nun nicht mehr so schlagkräftig wie im Kaiserreich waren.

Darüber hinaus wäre es interessant gewesen, der Frage nachzugehen, was eigentlich unter „Linksliberalismus“ zu verstehen ist. Vor diesem Problem steht man spätestens bei der Beschäftigung mit der DDP, in der sich nicht nur die früheren Flügelbildungen verschoben, sondern der auch zahlreiche ehemalige Nationalliberale angehörten. Zudem hätte eine Auseinandersetzung mit dem Begriff angesichts des Untertitels der Arbeit nahegelegen – der im Übrigen mit der etwas merkwürdigen These einhergeht, dass „Aufstieg und Niedergang“ des Linksliberalismus gewissermaßen mit Gotheins Biographie zusammenfielen. Es lässt sich vertreten, dass der Umbruch 1918/19 den „Höhe- und Endpunkt eines neuen liberalen Aufschwungs ab der Jahrhundertwende“ (S. 382) markierte – wenngleich eingewandt werden kann, dass es sich in der Wahrnehmung vieler liberaler Zeitgenossen kaum um einen Höhepunkt handelte. Die Geschichte des Linksliberalismus begann aber selbstverständlich vor 1900, und während man sich hüten sollte, langfristige Verfallsgeschichten zu konstruieren, ist doch zu berücksichtigen, dass die größten Wahlerfolge Jahrzehnte zurücklagen, als Gothein in die politische Arena trat.

Zu bemängeln ist – neben manchen sprachlichen Schwächen, die sich durch ein gründliches Lektorat hätten beheben lassen – die insgesamt dürftige Literaturgrundlage. Das gilt erstens für die Liberalismus-Forschung. Zum Beispiel werden die einschlägigen Arbeiten von Regina Gottschalk und Jürgen C. Heß, in denen auch Gothein eine Rolle spielt, ignoriert.² Zweitens stützt sich die Analyse, wenn es um historische Zusammenhänge jenseits der Parteigeschichte geht, allzu oft auf allgemeine Überblicksdarstellungen und bleibt damit oberflächlich. Unter anderem wird die gesamte wirtschaftshistorische Forschungsliteratur zur Weimarer Republik nicht berücksichtigt, obwohl Kramp sich intensiv mit den wirtschaftspolitischen Positionen Gotheins auseinandersetzt.

Positiv zu vermerken ist, dass es der Autorin trotz der eher dürftigen Überlieferung in Gotheins Nachlass gelungen ist, aussagekräftige Quellen ausfindig zu machen – etwa in Archiven in Wrocław (Breslau) und Wałbrzych (Waldenburg). Dennoch bleibt manche Lücke, die durch Rückgriff auf Gotheins Memoiren geschlossen werden muss. Seine umfangreiche publizistische Tätigkeit ist dagegen im Nachlass gut dokumentiert. Hierauf stützen sich denn auch wesentliche Teile der Analyse, und die ausführliche, mit aussagekräftigen Zitaten gespickte Rekonstruktion von Gotheins liberalem Denken ist eine Fundgrube für alle Historiker, die sich mit dem deutschen (Links-)Liberalismus auseinandersetzen möchten.

Passau

Desiderius Meier

² Regina Gottschalk: Die Linksliberalen zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik. Von der Julikrise 1917 bis zum Bruch der Weimarer Koalition im Juni 1919. Diss. Tübingen 1969; Jürgen C. Heß: „Das ganze Deutschland soll es sein“. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei. Stuttgart 1978. – Beide Arbeiten wurden mit dem Wolf-Erich-Kellner-Preis ausgezeichnet.